

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 41.

Berlin, Freitag, den 13. Oktober 1922.

49. Jahrg.

## Im Kampf gegen die Teuerung.

Mit aller Kraft wehren sich die großen wirtschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen gegen die durch verschiedene Ursachen bedingte Verelendung der Arbeiterklasse. Der Kampf scheint jedoch vergebens geführt zu werden; denn Preissteigerungen von ungeahnter Höhe überspringen alle Schranken und reißen alle Dämme, die der wüsten Flut Einhalt gebieten sollen, nieder. Die Folge ist: das arbeitende Volk in allen seinen Teilen versinkt immer mehr in Unglück, in Hunger und in Not.

Zu denen, die sich mit aller Macht den schlimmer werdenden Verhältnissen entgegenstellen, gehören auch die Gewerkschaften, und zwar deren Zentralvertretung, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Er versucht auf allen gangbaren Wegen Einhalt zu gebieten, aber es will sich kein Erfolg zeigen. Die Anforderungen übersteigen seine Kraft. Die jetzigen Zustände kann eben nicht einmal ein Staat in seiner Gesamtheit meistern, viel weniger nur ein Teil, wie ihn die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft darstellt. In den letzten Septembertagen trat der Vorstand des ADGB wieder mit den Vorständen der Verbände zusammen, um über die schwierige Lage zu beraten; aber es war ihm auch da nicht möglich, den Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Beratungen fanden in folgenden Resolutionen ihren Niederschlag:

### Zur wirtschaftlichen Lage.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers. Er weist erneut die Regierung und die Parlamente des Reiches und der Länder auf die völlige Unhaltbarkeit der Lage hin, in welche die Masse der Bevölkerung durch die ungeheuren Preissteigerungen auf allen Gebieten gekommen ist. Er erwartet von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst und Eile alle erforderlichen Maßnahmen treffen, und beauftragt den Bundesvorstand, auch weiterhin als Mahner und Dränger unausgesetzt für die Durchführung der gewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken. Hierbei erinnert der Ausschuss insbesondere an seine Entschliebung vom August 1921, die eine Aenderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinschaft forderte. Es ist eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der Gesamtbevölkerung, zur Erfüllung bringt.

Der Ausschuss verkennt jedoch nicht, daß die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in dem außenpolitischen Druck liegt. In Übereinstimmung mit dem Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude und Genugtuung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, fordert deshalb der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues von Europa die Gewaltpolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Versöhnung der Völker eingeschlagen werden möge.

Leider machten die Anwürfe der Kommunisten auch eine Stellungnahme gegen diese notwendig. Die Kommunisten griffen

nämlich die Gewerkschaftsführer in recht unanständiger Weise an, weil sie angeblich nichts gegen die Teuerung und ihre Auswüchse täten. Das stimmt nun nicht. Denn das Gegenteil ist der Fall. Wenn eben die Erfolge der Gewerkschaften ausblieben, so tragen daran genau dieselben Verhältnisse die Schuld, die auch in Rußland die Hungersnot und alle sonstigen Gräuelpredigten bedingt haben. Könnten die Kommunisten mit ihren Maßnahmen der Dinge Herr werden, so müßte es in Rußland anders aussehen. Ebenso wenig wie dort drüben, wird ihnen auch in Deutschland eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen durch irgendwelche Aktionen gelingen; deshalb wendet sich der ADGB gegen das Gebahren und gegen die propagierten Maßnahmen der Kommunisten in folgender Entschliebung:

### Gegen die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer.

Die Veröffentlichungen der kommunistischen Partei in Zeitungen, Broschüren und Plakaten überbieten sich in den letzten Wochen in Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsleitungen, die alles frühere Maß überschreiten. Jede Aufklärung und Wichtigtuung von Irrtümern bleibt vergeblich; und die unsinnigsten Vorwürfe werden täglich aufs neue wiederholt mit einer Unwahrhaftigkeit und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Abscheu erregen muß.

Diese Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern. Deshalb wird letzteren tagtäglich nicht nur die Fähigkeit, sondern überhaupt der Wille abgestritten, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser lügenhaften Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müssen.

Demgegenüber stellt der Ausschuss des ADGB fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsrätekongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesausschuss auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrebten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebiets unterstützen. Wie alle seitherigen Versuche der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige, mit so vielen unlauteren Mitteln unternommene an dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Fernerhin hat es sich noch notwendig gemacht, zu beschließen:

### Die Kartoffelversorgung.

Nach vorsichtigen Schätzungen des Reichsernährungsministeriums wird die Kartoffelernte in diesem Jahre etwa 34 Millionen

Mitglieder! Wahrt eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!

in der Woche vom 9. bis 15. Oktober ist der 41. Beitrag fällig.

Tonnen, d. h. 8 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre, betragen. Es würden also für den Kopf der Bevölkerung mindestens 2 Zentner mehr zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahre. Schon aus dieser vorläufigen Statistik ist ersichtlich, daß zu Besorgnissen keine Veranlassung vorliegt, zumal von amtlicher Seite alle Vorsichtsmaßnahmen für einen zufriedenstellenden Abtransport getroffen sind.

Zur Vermeidung von Störungen wird der Bevölkerung empfohlen, sich beim Auslauf sachverständiger Organisationen, insbesondere der sachverständigen Genossenschaften, zu bedienen und solche Ausläufer, die sich nicht im Besitz der Ausläuferlaubnis befinden, oder die, trotzdem sie zum Handel zugelassen sind, die Preise in ungemessener Weise steigern, den zuständigen Behörden zwecks Bestrafung bzw. Entziehung der Ausläuferlaubnis schleunigst namhaft zu machen.

#### Für stärkere Zuderlieferungen.

Der Wirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat am 28. September das Gutachten des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zuder im Betriebsjahr 1922/23 mit der Änderung bestätigt, daß die auf den Kopf der Bevölkerung monatlich zu liefernde Menge von einem Kilo Verbrauchs-zuder zunächst auf 1¼ Kilogramm erhöht werden soll.

Zur Hebung der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen hielt der Bundesausschuss noch folgende Entschliessungen für angebracht:

#### a) Uberschichten im Bergbau.

Der Bundesausschuss stimmt dem Uberschichtenabkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterschaft darbringen.

Der Bundesausschuss erklärt, daß durch die Uberschichten der gesetzliche Siebenstundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf. Die Ueberarbeit darf nur solange fort dauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernsthafte Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abge schlagen werden.

Der Bundesausschuss hätte gewünscht, daß das Uberschichtenabkommen benutzt worden wäre zu einer Änderung der seitherigen Art der Kohlenverteilung. Mit der Verfügung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preis senkungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Uberschichten-Kohle diesem Zwecke zuzuführen.

Der Bundesausschuss beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und verweist insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verbilligung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Linderung der Wohnungsnot durch entsprechende Verwendung der Uberschichtenkohle herbeizuführen.

Die jetzigen Monopole der Baustoffherzeuger müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Syndikatspreise aller Baustoffe. Es würde noch unerträglicher sein, wenn aus den jetzigen Uberschichten der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder den Nutzen zögen.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Uberschichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.

#### b) Die Lage im Baugewerbe.

Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt hat derartig katastrophale Folgen gezeitigt, daß eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit befürchtet werden muß. Schon in der letzten Zeit sind in verschiedenen Orten Wohnhausneubauten eingestellt worden. Zu allem Überdies hat der letzte Städtetag die Gemeinden noch aufgefordert, das Weiterbauen zu unterlassen.

Gegen diese schädliche Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesausschuss aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Städtetages Rechnung getragen, so bedeutete dies auf der einen Seite eine Veranschärfung der heute schon unerträglichen Wohnungsnot, auf der anderen Seite aber die bewusste Herbeiführung einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und die völlige Zerrüttung unserer Volkswirtschaft.

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dem zahlreiche Baunebengewerbe, einschl. der Baustoffindustrien, des Bau-

stofftransports und der Bauausstattungs-gewerbe abhängig sind. Würde das Baugewerbe stillgelegt, so bedeutete das für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe. Um dem zu entgegen zu treten, fordert der Bundesausschuss des RWB sofortige Maßnahmen zur Fortführung der Bautätigkeit. Der Unterausschuss des Wohnungsausschusses des Reichstages hat dem Reichstage hierfür geeignete Vorschläge unterbreitet, deren schnellste Ueberführung in gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich ist.

Insbesondere fordert der Bundesausschuss die schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen.

Der Bundesausschuss beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.

### Konjunktur für Moskau?

Die Zellenbauer rühren sich wieder. Die Not der Massen ist Wasser auf ihre Mühlen. Und das Klappern ihrer Mühle ist ihnen Selbstzweck. — Auf einen angeblichen Ruf der Berliner Betriebsräte versammelten sich in Berlin 181 Delegierte von Betriebsräten aus dem Reich. Davon waren angeblich 16 USP- und 5 SPD-Leute, während 24 als parteilos und 136 als Kommunisten galten. Schon im Anfang ist also die Tendenz der „spontan“ entstandenen Bewegung erkenntlich. Während die Sowjetregierung die arbeitende Menschheit um Hilfe für ihre hungernden Landesfinder anfleht, während die gleiche Regierung durch den Mund eines ihrer Vertreter die deutschen Gewerkschaften für die im Tschumawaschgebiet geleistete Hilfe beschimpft, soll mit russischem Gelde bei uns eine Bewegung entfacht werden, deren „Erfolg“ für die ohnehin genug leidende deutsche Arbeiterschaft eine Verschlimmerung ihrer Lage bedeuten würde. Desto üppiger dürfte aber dabei der Weizen der kommunistischen Apostel gedeihen. Diesen Herrschaften ist natürlich bekannt, daß die Ursachen unserer miserablen wirtschaftlichen Lage tiefer liegen, so tief, daß sie mit ihren, nur die Gefühle der Arbeiter aufpeitschenden Agitationsmethoden am allerwenigsten zu beheben sind. Gelegentlich rutscht diesen Leuten, die sich im allgemeinen an die Lehre ihres Meisters Lenin halten, nach dem „List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigen der Wahrheit“ eine Kunst ist, die jeder Kommunist verstehen muß, doch etwasmal durch, was mit den Tatsachen nicht auf dem Kriegsfuße steht. Und so lesen wir in der wirtschaftlichen Rundschau der „Roten Fahne“ vom 2. August 1922, also am Beginn der letzten Krise, das folgende:

„Es ist ganz selbstverständlich und bleibt unwidersprochen, daß die Reparationsverpflichtungen die Zahlungsbilanz Deutschlands verschlechtern, daß durch die notwendigen Ankäufe von fremden Devisen für die Reparationsbarzahlungen eine Verschlechterung des Marktkurses herbeigeführt wird. Die Zahlungsbilanz Deutschlands hat sich nicht nur infolge der Reparationsbarzahlungen verschlechtert, sondern auch infolge des Verlustes an Einnahmen aus dem Ausland aus Schiffsraten, Kolonien und Beteiligungen und infolge des Verlustes von 70 Proz. der Erzeugung, 30 Proz. der Kohlenproduktion und der hieraus folgenden erhöhten Einfuhr von Rohstoffen. Die deutsche Zahlungsbilanz wird weiter dadurch belastet, daß die Produktion der Landwirtschaft infolge der Produktionsabotage der Junter abgenommen hat, daß etwa nur drei Fünftel der notwendigen Lebensmittel und zwei Drittel der Futtermittel in Deutschland selbst erzeugt werden, und trotz des Unterkonsums der Arbeiterschaft Lebensmittel in großen Mengen eingeführt werden müssen.“

Nach den ungezählten Ergüssen, nach denen nur die „sozialistischen Verräter“, die „Stinnesnechte“ und „Gewerkschaftsbonzen“, die Schuld an dem Elend der Masse tragen, nimmt sich das Zitierte beinahe wie eine Entgleisung aus. In der Tat:

In dem „Friedens“diktat von Versailles, den späteren Abkommen von Spa und London, denen die Arbeiterschaft, um der Katastrophe zu entgehen, zustimmen mußte, liegt die Wurzel alles Übels. Es ist möglich, daß durch eine andere Haltung unserer Vertreter in den Gewerkschaften und Parteien eine stärkere Heranziehung des Besitzes zur Tilgung der ausländischen Verpflichtungen erreichbar gewesen wäre. Bewiesen ist das aber für niemanden — außer für die Kommunisten. Man möchte meinen, daß, wo schon die volkswirtschaftlichen Mitarbeiter der „Roten Fahne“ den Anknüpfungspunkt klar erkennen, es Pflicht aller verantwortlichen Führer sein müßte, die Arbeiterschaft zielklar den harten Weg der Wirklichkeit zu führen. Statt dessen die neueste Kampagne der Moskauer-Willkürliches Zusammentreten von Betriebsräten, Bildung von „Aktions“auschüssen, Einberufung eines Betriebsrätekongresses. Und was tun diese Körperschaften? Sie fassen Resolutions, Petitionen, nehmen Audienzen bei der Regierung, um diese um das

zu bitten, worüber die berufenen Repräsentanten der Arbeiterschaft schon längst mit ihr verhandeln. — Oder glaubt man, die rechte Lehre aus dem Märzputsch zu ziehen, wenn man es wieder mal mit Gewalt versucht? Geradezu kindlich mutet es an, wenn man hört, wie es mit der Landbevölkerung bezw. den wuchernden Agrariern gemacht werden soll. Ein anderes Mittel, als mit der Landwirtschaft sich in friedlicher Weise auseinanderzusetzen, gibt es nicht, soll die Ernährung auch nur in mäßigen Grenzen sichergestellt sein. Wozu die Beschlagnahme von Waren führt, sehen wir an dem Beispiel von Hamborn, wo die Händler sich einfach neue Lager nicht mehr zulegen. Aber derartige Folgen kümmern die „Selbsthelfer“ auch wenig, die Hauptsache ist der Augenblicksbrauch, irgendwie wird schon für ihre Zwecke Brauchbares herauskommen. — Kollegen! Es ist leider nötig, daß man diese Dinge in der „Ameise“ erörtert. Auch bei uns geht der zertrümmernde kommunistische Geist um. In dem gesunden Sinn der Kollegenschaft werden diese dunklen Mächenschaften scheitern. Die in voriger Nummer veröffentlichte Resolution der Zahlstelle Berlin-Charlottenburg soll von den Zahlstellen im Reich gutgeheißen werden. Es ist zu hoffen, daß dies sehr selten geschieht.

Ist es schon verlockend, die Zusammensetzung einer Versammlung und die Motive, aus denen der eine oder andere solcher Resolution zustimmt, zu untersuchen, so ist noch interessanter, zu sehen, wie auf der einen Seite die Bildung illegaler Körperschaften gutgeheißen wird und man zu gleicher Zeit den Verbandsvorstand, die vielgelästerten „Bonzen“, auffordert, die geplante Aktion zu unterstützen. Kaum hat man auf Generalversammlungen die Leute seines Vertrauens gewählt, geht man schon wieder in dieser Weise gegen sie vor. Wir, die wir wissen, daß der Bundesvorstand in der Krise seine Pflicht getan hat und noch tut, ohne allerdings einen Heilsarmeetamtam daraus zu machen, erwarten, daß sich auch unser Vorstand die Sache überlegt, ehe er sich vor den kommunistischen Parteikarren spannen läßt. Er wird sich aber bewußt sein müssen, daß noch viel zu tun bleibt, um auch die „reformistischen“ Kollegen einigermaßen zu befriedigen. Nebenbei: die beiden letzten Lohnabkommen waren böse Schwupper. Die Kollegen im Reich seien aber aufgefordert, Vertrauen in ihre gewählten Führer zu setzen. Die Genossen, die in der vereinigten Partei und in den Gewerkschaften an führender Stelle stehen, sind in zäher Arbeit bemüht, für uns das Menschenmögliche zu erreichen. Ihre Arbeit kann nur Erfolg versprechen, wenn wir verhüten, daß die Zellenbauer die Schlagkraft der Organisationen schwächen. Vertraut den gewählten Betriebsräten, steht geschlossen zur Organisation, verwerft die Bühlerei und den Putzschismus. Eine Arbeiterschaft, die immer ihre hohen Ziele im Herzen, ihre Kraft in den politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfen geschickt und energisch einzusetzen versteht, wird den Sieg erringen. Wir müssen lernen, die Wirklichkeit klar zu erfassen und jegliche Phraseologie zu vermeiden. Leistet die Arbeiterschaft jetzt den Moskauer Gehör, werden die Folgen für sie selber am schlimmsten sein.

S. K ü h n.

## Bezirks- oder Reichstarif?

Resolution Oshag: Die am 12. September 1922 in Oshag statifundene gutbesuchte Zahlstellenversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands fordert den Hauptvorstand hierdurch auf, für die Befestigung des Reichstarifvertrages einzutreten und dafür einen Länder- oder Bezirkslohntarif einzuführen, um dadurch eine bessere Erfassung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder (Bezirke) bei der Lohnregelung zu bekommen. (Siehe Unterschied zwischen Bayern und Sachsen.)

Das Verlangen nach Länder- oder Bezirkslohntarifen hat sich, wie aus vorhergegangenen Nummern unseres Blattes zu ersehen war, infolge der schlechten Lohnabkommen von Coburg und Nürnberg etwas vermehrt. Vor allem streben die Kollegen und Kolleginnen von Sachsen danach. Sie haben Gründe dafür. Es gilt nun zu untersuchen, ob diese auch durchschlagend sind und ob ihre Durchführung vorteilhaft wäre.

Die Bezirks- oder Ländertarife können bei guter Konjunktur Augenblickserfolge bringen. Diese verwandeln sich jedoch sehr bald in Nachteile für die Porzellanarbeiterschaft insgesamt, wenn dabei die Verhältnisse der Porzellanindustrie im Reich in Betracht gezogen werden. Sie erlauben nämlich den Unternehmern vielfach, etwa höheren Bezirks- oder Ländertarifen teilweise auszuweichen und Bestellungen in weniger entlohnten Gebieten aufzugeben. Die rasche Anpassungsfähigkeit der Porzellanindustrie an geänderte Verhältnisse hat sich schon mehrmals im Laufe der letzten Jahre bewiesen und wird sich sogar auf Spezialbetriebe erweitern lassen. Keine Spezialbetriebe verschwinden immer mehr und machen den

Gemischtbetrieben Platz. Sobald die Unternehmer dann eine von ihnen selbst erwünschte Gelegenheit bekommen würden, wären sie den Arbeitern gegenüber im Vorteil. Was ihnen dabei alles möglich wäre, läßt sich in den Fällen erweisen, bei denen unser Reichstarif nicht gilt, wie in Farge bei Wittenburg, in Hennigsdorf bei Rosenthal. Dort müssen unsere Kollegen sehr oft um Anerkennung der bestehenden Reichstarife in den Kampf treten. Auch in Gotha mußte darum gestreift werden. So würde es auch bei Bezirksstarifen werden.

Zur Charakterisierung wird noch angeführt, daß Bayern ehemals ebenfalls die Bezirkslohntarife verlangte, jetzt aber davor abgekommen ist, weil es eingesehen hat, welche nachteilige Wirkung sie gehabt hätten. Und jetzt, wo die bayerischen Porzellanindustriellen sich mit dem Gedanken trugen — sie können ihn inzwischen schon in die Tat umgesetzt haben — aus dem Arbeitgeberverband auszutreten, können unsere bayerischen Kollegen und Kolleginnen froh sein, daß sie einen Reichstarif als Rückhalt haben. So schnell ändern sich eben die Dinge.

Die Teilung unseres Reichstarifes in Bezirksstarife würde unzweifelhaft einer Schwächung unserer Organisation gleichkommen. Denn was die Kollegen in Sachsen schließlich im ersten Augenblick gewinnen würden, müßten andere Gebiete verlieren, weil dort die lohndrückenden Tendenzen bei den Unternehmern siegen würden. Ob dann die daraus entstehenden Kämpfe die Opfer wert wären, muß auch bedacht werden. Bezirke sind immer schwächer als eine Gesamtheit.

Da speziell Dresden auch schon beim Reichslohntarif mit dem Verdienst an der Spitze gegenüber anderen Berufsgruppen stand, so kann nicht die Behauptung aufgestellt werden, der Reichslohntarif sei für dort nicht angebracht und Bezirkslohntarife müßten nun her. Es wäre viel besser, unsere in Betracht kommenden sächsischen Kollegen würden im Rahmen eines Reichstarifes so wie gegenwärtig eine Besserung ihrer Lohnverhältnisse durchziehen, als das Bestreben haben, den Reichslohntarif zu zertrümmern. Das Wohl von 68 000 Verbandsmitgliedern muß höher stehen als das einer kleineren Gruppe, zumal unter dem Reichslohntarif auch schon Spezialverhältnisse eine wesentliche Berücksichtigung finden können, die ein Opfer zugunsten der Gesamtheit kaum bedingen. Daß jedoch selbst Werke für Spezialitäten ihre Sonderstellung nicht ausnützen können, beweist, daß die Maler der Filiale Porzellanfabrik Fraureuth sich die Sätze des Reichslohntarifes erkämpfen müssen.

Wenn all die Gründe für einen Reichslohntarif und die wenigen für Bezirkslohntarife abgewogen werden, so kann jedes Verbandsmitglied die Vorteile und Nachteile erkennen. Die Entscheidung wird dann auch nicht schwer fallen, wohin man sich schlagen soll. Kollegen im Reich haben die Erkenntnis schon gehabt und dementsprechend ihre Anschauung zu Papier gebracht. Wir lassen sie folgen:

In letzter Zeit häufen sich die Stimmen, welche sagen: Durch die ungünstigen Lohnabschlüsse der letzten Zeit ist eine Flucht aus der Organisation zu erwarten. Es muß nun untersucht werden, ob durch dieses Mittel bewirkt werden kann, günstigere Abschlüsse zu erzielen. Dadurch, daß man zu einer anderen Organisation übertritt, werden doch keine neuen Verhältnisse geschaffen, wenn man in der alten Industrie weiter beschäftigt ist. Oder will man den Organisationsgedanken ganz fallen lassen? Letzteres dürfte allerdings ein Mittel sein, andere Verhältnisse herbeizuführen, nur keine Verbesserung, die man doch davon erhofft. Will man aber den Organisationsgedanken beibehalten, und nur die Organisation wechseln, dann würde man lediglich die für unsere Industrie zuständige Organisation schwächen, ohne der anderen einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Dinge innerhalb unserer Industrie einzuräumen. Es ist also notwendig, die Organisation nach jeder Richtung hin zu stützen, und Auffassungen, wie die oben geschilderten, müssen im Interesse der Arbeiterschaft verschwinden. Die Tatsache, daß der Verband die in unserer Industrie beschäftigte Arbeiterschaft, mit wenig Ausnahmen, vereinigt, ist doch immerhin beachtenswert.

Ob auf dem Wege des Bezirksstarifes das erreicht werden kann, was man vom Reichstarif vergeblich zu erhoffen vermeint, ist ebenfalls strittig. Denn die Bedingungen und Verhältnisse sind doch bei Abschluß eines Bezirksstarifes die gleichen, wie bei Abschluß des Reichstarifes. Weiter ist zu beachten, daß auch im Reichstarif jetzt schon eine Würdigung besonderer Verhältnisse möglich ist. Im großen ganzen sind die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft die gleichen, und weil das der Fall ist, ist auch eine einheitliche Lohnregelung notwendig. Es besteht auch die Tatsache, daß in etlichen Industrien, bei denen Bezirksabschlüsse getätigt werden, sich Verhältnisse herausgebildet haben, von denen man nicht sonderlich erbaut ist. Deswegen würde der Uebergang zum Bezirkslohntarif einen Rückschritt bedeuten, durch den die Ar-

beiterschaft bestimmter Berufsgruppe stark in Mitleidenschaft gezogen würde.“

L. E.

In Nr. 33 der „Ameise“ ist ein Artikel enthalten mit P. M. unterzeichnet, der recht lebhaft verlangt, an Stelle des Reichslohntarifses Bezirkslohntarifsetreten zu lassen.

Den Delegierten der letzten Generalversammlung wird hofentlich noch in Erinnerung sein, wie wir in Dresden entsprechende Anträge behandelt haben und wie wir konsequenterweise auch im Interesse unserer Organisation alle derartigen Spezialwünsche weiter behandeln müssen.

Ob man von Fellenbo syndikalismus, Unionismus, Kommunismus oder Bezirkslo... ifen redet, es liegt dies alles in einer Linie. Die davon au... enden Wirkungen für unser Gewerkschaftsleben sind dieselben.

Also, spielt nicht mit so gefährlichen Dingen. Es ist eine recht einfache Sache, von Bezirkslohntarifen zu reden und solche zu wünschen. Man denke aber einmal den Gedanken vollständig zu Ende. Wer das nicht kann oder will, soll dann wenigstens parlamentarisch anstandshalber das demokratische Prinzip des Mehrheitswillens (siehe Generalversammlung) respektieren.

Ich glaube nicht nötig zu haben, an dieser Stelle deutlicher werden zu müssen, da ich vollstes Vertrauen habe zu unserer erst kürzlich neugewählten und verstärkten Verbandsleitung.

Nur möchte ich noch in bezug auf vorstehende Angelegenheit dem Vorstande zurufen: „Bleibe hart!“

G. S.

## Wider den Zeitgeist.

Von Fritz Storch, Berlin.

In diesem Fall ist der Begriff Zeitgeist enger zu fassen als gewöhnlich; es ist darunter nur eine Kritik des Geistes in unseren Reihen zu verstehen. Ich spreche darüber, weil ich der Ansicht bin, daß diese Erscheinungen nicht nur in meinem Gesichtskreis liegen, sondern typisch für die Zeit sind und in den Gewerkschaften sich ebenfalls zu deren Schaden auswirken. Wohl ist unsere Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren gewachsen. Feststellen müssen wir jedoch, daß es nur ein Wachsen in die Breite war, und daß an der Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens noch viel zu arbeiten ist. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind vielfach nicht oder nur wenig bekannt. Das ist eine Frucht der letzten Jahre. In Kollegentreffen spricht man von den Gewerkschaften, wie man von irgendeinem Geschäft spricht, von dem man sich etwas besorgen läßt. Man betrachtet diese Institution als etwas Fremdes, dem wir jetzt nun mal angehören. Ja, man beurteilt den Verband wie irgendein kapitalistisches Unternehmen nach dem Zinsfuß. Man wägt ab, ob sich die Einlagen in Form der Beitragszahlung gut verzinsen; gemessen am jeweilig abgeschlossenen Tarif. In hohen Löhnen preist man den Verband, wenn die Lohnsätze did ist; im Gegensatz dazu hält man die ganze Bewegung eigentlich für viel zu teuer, wenn einmal die jeweiligen Machtverhältnisse der Tarifkommission nicht günstig waren. Dieser, den Bankinstituten gegenüber üblichen Auffassung soll hier entgegengetreten werden. Es muß gesagt werden, daß unsere Bewegung mehr sein muß, als eine Lohnbewegung, nämlich eine Kulturbewegung. Leider nimmt die jetzt unumgänglich nötige Lohnbewegung fast alle Kräfte in Anspruch. Darüber hinaus muß aber alles, was wir unter Sozialpolitik zusammenfassen, der Obhut der Gewerkschaften anvertraut werden. Erinnert sei nur an die Erhaltung des Achtstundentages, an die Schulung und Sammlung der Betriebsräte, sowie der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt, an die Regelung der Lehrlingsfragen, an die Betriebs-hygiene, an die Durchsetzung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, an eine ausreichende Altersversorgung für Arbeiter. Alle diese Dinge und viele andere mehr brauchen aber, um feste Gestalt zu bekommen, eine starke Gewerkschaftsbewegung, getragen von dem Geist, der die Kämpfer dieser Bewegung befeuert. Die Vorteile, der Bewegung anzugehören, waren in der Sturm- und Drangperiode der Gewerkschaften nur sehr gering; dagegen wurden oft die Stellung und die ruhige Beschaulichkeit des Familienlebens aufs Spiel gesetzt. Wenn heute die Bewegung so stark geworden ist, daß sie aus ihrer... Reserve heraustreten kann, um indirekt auf die Gesetzgebung einzuwirken, so haben wir das zum großen Teil der... Pioniere anzurechnen. Eine Bewegung kann nur gewertet werden nach dem, was sie als ihre Zukunftsaufgaben auf ihre Fahne schreibt und auch versucht, mit allen Kräften durchzuführen. Diese Aufgaben sind aber in den Rahmen eines Jahrhunderts gespannt, und die Augenblickserfolge der... dürfen uns diese unsere eigentlichen Aufgaben nicht vergessen machen.

Wie sieht es mit der Mitarbeit der... fähigen fortgeschrittenen Kollegen an der Lösung dieser... aufzubewachten... wert er-

schneidenden Aufgaben? Zeiten wirtschaftlicher Not haben stets den Pessimismus übel in die Wurzel schießen lassen. Leider muß man sehen, wie ein großer Teil der fähigsten jungen Kräfte sich vom Zeitpessimismus erfassen läßt, nicht über den Tag hinaussteht, und die Philosophen, die die Weltflucht in allen Variationen preisen, machen wieder gute Geschäfte. Oswald Spengler und Rudolf Steiner sind heute nur möglich, wie Hegels und Schellings Mystik und Romantik vor hundert Jahren in den Zeiten der ärgsten Reaktion und wirtschaftlichen Not möglich waren. Nicht aber nur diese Kollegen, die in Mystizismus und Romantik gute Treffer machen und sich dadurch ihrer Pflicht als wahrhaft Gebildete entziehen, nämlich an der Bekämpfung des Unrechts mitzuarbeiten und bessere soziale Zustände herbeizuführen, sondern auch jene Kollegen, die aus der Zeit fliehen in jene Sphäre, die wir mit Alkoholismus bezeichnen, nehmen der Bewegung ihre Aktivität. Ich glaube, wir alle haben es zur Genüge erlebt, wie unfähig viel Energie und Zeit damit vergeudet wird, daß man sich bekämpft und nicht zusammenschließt, weil der Geist der „Schwere“, jener vom Alkohol gezüchtete, es nicht zuläßt, in die Tiefe der Ereignisse zu dringen. Was wir brauchen, ist eine größere geistige Beweglichkeit, als die des Gegners, um zu siegen. Wie sagt Friedrich Nietzsche? „Die Tragik der Arbeiterklasse ist der Alkohol.“ Und wenn man mir entgegenhält: man bedarf aber dieses Raufgigtes, um einmal einen Seelenschwung zu haben, so antworte ich, daß meiner Ansicht nach der Kaufpreis dieses zweifelhaften Vergnügens — nämlich die Entziehung von vielen Tausenden Zentnern hochwertigster Nahrungsmittel des deutschen Volkes zu Drazwecken — zu hoch ist. Laut „Frankf. Zeitung“ hat das notleidende deutsche Volk im Jahre 1921 ungefähr 20 Milliarden Mark für Alkohol übrig gehabt.

Aus all diesen Erwägungen komme ich zu folgender Schlußfolgerung: Unsere Betrachtungsweise über die Gewerkschaften muß eine andere werden. Wir müssen uns mitverantwortlich fühlen für das öffentliche Leben im Verbandsverband und darüber hinaus. Der Verband darf nicht das Institut zur Verzinsung der Beiträge sein. Die großen Aufgaben, die zu lösen sind, verlangen tätige Mitarbeit aller Befähigten, weil sonst die Schwächer die Geschäfte in die Hand nehmen. Wir sind dann mitschuldig, wenn das Unrecht triumphiert. Nicht Flucht aus der Zeit darf es heißen, sondern tätige Mitarbeit. Einer der ersten Geister, der die Fadel einer freieren Weltanschauung schwang, Lessing, sagte jenes auch auf unsere Zeit anzuwendende Wort:

„Begriffst du aber, wieviel andächtig schwärmen leichter, als gut handeln ist? Wie gern der schlafste Mensch andächtig schwärmt, um nur — ist er zuzeiten sich schon der Absicht deutlich nicht bewußt — um nur gut handeln nicht zu dürfen?“

## Mehr Kollegialität!

Manchem Mitgliede unseres Verbandes wird bei der genauen Durchsicht der Quittungen über eingesandte Gelder für Aufrufe der Zahlstellen der Gedanke gekommen sein: „Was soll das sein gegenüber der Not?“ Wohl ist schon einigemal in unserem Organ darüber geschrieben worden, aber nicht viel ist besser geworden. Ein Kollege ersuchte einmal die Zahlstellen, doch zu bedenken, was eigentlich heute 20 Mk. seien; sie möchten doch in ihren Versammlungen dahin wirken, daß ein höherer Beitrag für solche Fälle festgelegt werde. Auch ich gebe dem Kollegen Recht; jedoch mein Wunsch wäre der, daß wenigstens jede Zahlstelle auch nur 20 Mk. für jeden Einzelfall festsetzen würde und nicht, wie bisher, daß nur 40, höchstens 50 Zahlstellen etwas senden, alle anderen 120 überhaupt nichts, darunter solche, die selbst Aufrufe loslassen und auf Unterstützung hoffen müssen, obwohl sie selbst noch nichts zu einem einzigen Aufruf gegeben haben. Wohl weiß auch ich, daß zur Vinderung der Not nur der Ausbau unserer Sozialversicherung der einzig sichere Weg ist. Aber es muß — da es doch noch nicht soweit ist und es an noch vielem fehlt — die Not der Kranken und siechen Mitglieder gelindert werden. Das kann geschehen, wenn jede Zahlstelle ihren Kassierer beauftragt, bei jedem Aufruf einen entsprechenden Betrag je nach Stärke der Zahlstelle zu senden. Dann erst wird es besser, und man sieht, daß die Porzellaner noch leben und zusammenhalten — trotz selbst größter Not! —

Karl Stängle Kassierer (Schornborn).

In dem Artikel „Brüder in Not“ werden mit Recht die minimalen Ergebnisse der Sammlungen in der „Ameise“ bemängelt. Wenn sich alle Zahlstellen daran beteiligen, dann muß das Ergebnis natürlich ein besseres werden. In den Quittungen erscheinen fast immer dieselben Zahlstellen, und das besagt, daß

das freiwillige Antorsühungswesen nur von einem kleinen Teil der Mitglieder bestritten wird. Ein Beweis von Solidarität ist das sicher nicht. Ob es möglich sein wird, daß sich die größeren Zahlstellen mit höheren Beiträgen beteiligen, wird von deren finanziellen Verhältnissen abhängen; denn bei einer größeren Zahlstelle ist auch der Kreis der Verpflichtungen innerhalb der Zahlstelle ein größerer. Wenn sich die Zahlstelle an jeder Sammlung beteiligt, so ist das doch eine Belastung, die in die Waagschale fällt. Immerhin muß von allen Zahlstellen mehr getan werden. D. G.

## Der Lächerlichkeit anheimgefallen.

Aus der letzten „Ameise“ haben unsere Kollegen und Kolleginnen ersehen können, daß wir die Vertreter des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter wegen ihres — sagen wir unschönen Verhaltens — nicht mehr in unsere Tarifgemeinschaft aufnehmen konnten. Das hat die Leute nun sehr stark gewürmt. Ihr Organ, die „Keramarbeiterzeitung“, die schon immer die niedrigsten Verbändigungen gegen uns erhob und uns in der ordinärsten Art anläßte, ist deshalb fast aus dem Häuschen geraten. Ihr Zeug, das sie in einem Artikel „Ein Wendepunkt in der feinkeramischen Tarifentwicklung“ zusammenreimt, ist so konfus, daß man wirklich mit dem Schreiber Bedauern haben muß. Zum besseren Verständnis bringen wir einen Auszug aus dem Geschreibsel, damit unsere Leser und Leserinnen auch sehen können, was die christlich Organisierten für geistige Kost genießen müssen.

„Alles verlangt jetzt freie Verhandlungen, schreibt das genannte Blatt, der Porzellanarbeiterverband kann aber freie Verhandlungen in Gegenwart von Arbeitervertretern, die von ihm unabhängig sind, nicht gebrauchen. Mit schlotternder Angst denkt er an die Möglichkeiten, daß seine Mitglieder Näheres über die Verhandlungen erfahren könnten, was sie nach Meinung der Gauleiter und Verbandsleitung des Porzellanarbeiterverbandes nicht zu wissen brauchen, ja auch nicht wissen dürfen. Deshalb hat der Porzellanarbeiterverband jetzt gefordert, daß Vertreter unseres Berufsverbandes bei den Verhandlungen, wo er außerhalb der Dunkelkammer eines Schiedsgerichts verhandelt, nicht mehr dabei sein dürfen.“

Dann wird weiter den Arbeitgebern der Vorwurf gemacht, daß sie sich bei unserem Verlangen, die Christen auszuschließen, wie weiches Wachs benommen hätten. Dazu schreibt die „Keramarbeiterzeitung“ noch:

„Jedenfalls hat der Arbeitgeberverband bei diesem Handeln, vom Finanzstandpunkt seiner Mitglieder aus gesehen, kein schlechtes Geschäft gemacht. Es dürften Millionenbeträge sein, die die Porzellan- und Steingutindustrie bis jetzt schon durch ihr gutes Verhältnis zum Porzellanarbeiterverband an Löhnen gespart hat. Dieses gute Verhältnis und das Raubgeben in solchen Dingen, die nichts kosten, kann den Arbeitgebern viele weitere Millionen an Löhnen sparen. Selbstverständlich haben wir auf das Entschiedenste erklärt, daß wir dieses Schachern nicht mitmachen. Wir haben uns bereit erklärt, unter Umständen gesondert unsere Tarifverträge mit dem Arbeitgeberverband zu machen. Wir verhandeln und schließen mit dem Arbeitgeberverband ab und haben mit dem Porzellanarbeiterverband nichts mehr zu tun. Wir brauchen bei unseren Verhandlungen das Licht der Öffentlichkeit und die Anwesenheit Andersdenkender nicht zu scheuen. Schließlich einigte man sich, daß in Zukunft zwei Kommissionen gleichzeitig, eine Arbeitgeberkommission mit der Kommission des Porzellanarbeiterverbandes und seines Anhangs und eine Kommission des Arbeitgeberverbandes mit unserem Berufsverband, verhandeln. Wir haben so die Möglichkeit, öfter und eindringlicher zu Wort zu kommen, und brauchen die kostbare Zeit der Verhandlungen nicht mit dem Anhören sozialistischer Phrasen und mit Warten auf die Ergebnisse der roten Schiedspruchsurteile zu verbringen.“

Soweit also die „Keramarbeiter-Zeitung“ im Anschluß über ihr Ausschiffen in München. Wir wollen nun einmal in aller Kürze die Tatsachen gegenüber stellen. Wir haben die Christen deshalb nicht mehr als Vertragsbeteiligte betrachten können, weil sie gänzlich ihre Bedeutungslosigkeit in schäbigen Angriffen auf unseren Verband zu verdeuten versuchten und uns leztlich bezichtigten, der Arbeitgeberverband hätte uns im Juli erst dazu auffordern müssen, Forderungen zu stellen. Das war natürlich nicht wahr, aber die Christen stellten die Behauptung auf, weil sie eben in solchen Dingen unübertreffbare Meister sind. In München haben sich die Vertreter des Berufsverbandes der Keramarbeiter nicht so ohne weiteres mit ihrer Besonderung abfinden wollen, wie es jetzt die „Keramarbeiter-Zeitung“ hingestehen will. Sie wollten nämlich auch eine Erklärung unterschreiben, daß sie nicht mehr so niederträchtig gegen uns handeln wollen und sogar einen größeren Beitrag als Garantiesumme für ihre schändliche künftige Behandlung hinterlegen wollen.

Das hat man ganz nicht, wenn es einem Werk ist, wie jetzt das genannte Blatt es hinstellen beliebt. In München hat die Kommission der Christen auch nicht nach ihrem oben bargelegten Grundsatz gehandelt; denn dort haben sie sich ganz auf den Porzellanarbeiterverband verlassen. Ihre Kommission erhielt ja von den Arbeitgebern den Namen „Verlauskommision“ und der von den Christen unterschriebene Vertrag — ausgearbeitet haben sie nicht einmal einen — hat „zufällig“ den gleichen Wortlaut wie der unsere.

Die oben aus der „Keramarbeiter-Zeitung“ zitierten Worte sind deshalb nichts weiter als Ausschneidereien. Unsere Verbandsmitglieder müssen ihren christlichen Mitarbeitern das sagen, damit sie auch darüber unterrichtet werden, wie bedeutungslos der Berufsverband der Keramarbeiter selbst von den Unternehmern eingeschätzt wird, und was sie zu erwarten haben, wenn sich ihre Organisation nicht an den Porzellanarbeiterverband anlehnt. Ferner müssen die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen darauf hingewiesen werden, daß das Verhalten ihrer Organisationsvertreter und die Schreibweise ihres Blattes diese Folgen nach sich gezogen haben, die sich jetzt zu ihrem eigenen Schaden auswachsen.

Ein Verband, der unseren Vertretern erst eine Garantiesumme bietet, wenn alles beim alten bleibt, und hintennach im Tone eines Kraftmeiers Sprüche von seiner prahlerischen Stärke, die er gar nicht besitzt, klopft, ist ein ganz unscheinbares, der Lächerlichkeit anheimfallendes Gebilde.

Eine Zeitung, die in Anbetracht der Sachlage ihren Mitgliedern solche Verdrehungen zur Vertuschung ihrer Blamage vorsetzt, kann keine Geltung mehr haben. Ansehen kann ihr nicht mehr beigemessen werden.

Zu dieser unserer Ansicht müssen auch die Mitglieder des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter kommen, wenn sie unsere Kollegen und Kolleginnen über die geschilderten Dinge aufklären.

Die obigen langatmigen Ausführungen zeigen nur, wie betroffen sie sich durch das Vorgesetzte fühlen. Die kommenden Verhandlungen werden nun zeigen, was die Christen allein fertigbringen. Sie haben auch darin schon vor. Im gleichen Artikel bekommen sie nämlich schon Angst vor ihrer eigenen Courage; denn sie schreiben am Schluß: Selbstverständlich wird es nicht leicht sein, für ein Zehntel der gesamten deutschen Porzellan- und Steingutarbeiter sehr viel mehr herauszuholen, als die Vertretung von 6 bis 7 Zehnteln derselben Arbeitergruppe akzeptiert hat.

Dieses letzte Zugeständnis ist wertvoll. Wenn der Berufsverband deutscher Keramarbeiter selbst zugibt, daß er von den Beschäftigten in der Porzellanindustrie nur ein Zehntel organisiert hat, so ist das höchstens ein Zwanzigstel, also höchstens 4000. Damit hat er auch seine vollständige Bedeutungslosigkeit einmal zugegeben. Wir registrieren das.

## Wieder geeint.

Zwei getrennte Teile der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland haben sich wieder vereint. Die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die mehrere Jahre miteinander in Fehde lagen, sind auf dem Einigungsparteitag am 24. September in Nürnberg wieder ein Ganzes geworden. Damit ist sehr viel Streit innerhalb der Arbeiterbewegung, der auch auf die Gewerkschaften übergegriffen hatte, aus der Welt geschafft. Die bestehenden Gegensätze — sie müssen ja sein — werden nun wieder in anständiger, vernünftiger Weise ausgetragen. Das Vergiftende, das Beschäftige, das Gemärbende und das Nachteilige ist damit auch verschwunden. Und alle, die deshalb aus den politischen Reihen geschieden waren, werden wiederkommen und mithelfen, daß die letzten Reste des Hemmenden gar beseitigt werden. Damit wird auch der Glaube an die eigene Sache, der alte Kampfesmut, die Zuversicht an den werdenden Sieg des sozialistischen Gedankens wiederkommen und wesentlich zur Befundung der gesamten Arbeiterbewegung beitragen. Das ist sehr notwendig; denn schwere Kämpfe stehen uns bevor. Wenn wir sie siegreich bestehen wollen, müssen alle Glieder Bausteine zum Sozialismus zutragen und im zähen Ringen als Klasse den Sieg an ihre Fahne heften.

An Fehlern sollen wir lernen. Darum keine Zersplitterung weiter. Es ist genug geschrieben und gehandelt worden zu unserem eigenen Schaden. Wollen wir das, was in Nürnberg begonnen worden ist, zum Wohle der leidenden Arbeiterklasse in die Tat umsetzen. Uns Werk, ihr Alten und Jungen!

Im Manifest der geeinigten Sozialdemokratischen Partei wird gesagt:

„Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei will Schutz und Festigung der Deutschen Republik. Sie will, daß das deutsche Volk berouht und freudig bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit teilzunehmen an dem Aufbau der Welt, daß ihm aber auch das

gleiches Recht teil wurde wie jedem anderen, und daß ein Ende gemacht werde mit einer Politik bürgerlicher Ueberlassung und zerstörender Gewaltmaßregeln. Sie will wirksamen Kampf gegen die schamlose Ausbeutung des Volkes. Sie will eine vernünftige wirtschaftliche Ordnung, deren Leitprinzip das Gemeinwohl und das Recht jedes arbeitenden Menschen ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Darum verteidigt sie den Achtstundentag, kämpft sie für den Schutz der Arbeitskraft, arbeitet sie Hand in Hand mit der modernen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Darum erstrebt sie letzten Endes eine neue, von kapitalistischer Ausbeutung freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen ihren Anteil am Genuß aller Kulturgüter gewährleistet. In diesem Sinn führt sie ihren Klassenkampf, nicht um eine neue Klassenherrschaft aufzurichten, sondern um jede zu zerstören und damit dem schaffenden Volk seine Freiheit zu geben."

### Aus unserem Beruf.

**Berlin.** Die Sperre über die Schilderfabriken Otto Albersbusch und Vinden, Berlin, ist aufgehoben.

**Das Schmiedeberg/Halle.** In den keramischen Werken Alfred Vohse in Schmiedeberg bestehen Differenzen. Kollegen, die dort in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich vor Arbeitsaufnahme bei der dortigen Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

**Dresden und Umgegend.** Am 15. Oktober kann unser Kollege Friedrich Simon in Görnewitz auf eine 30jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken. Wir haben in unserer Zahlstelle eine große Anzahl Kollegen, die sich einer gleich langen Mitgliedschaft bei uns rühmen können. Wenn wir trotzdem unserem alten Kollegen Simon glauben auf diesem Wege unsere Glückwünsche darbringen zu sollen, dann liegt es an den Hindernissen, die sich unserem alten Jubilar mehr als einem anderen entgegenstellten, die zu überwinden er aber zu jeder Zeit die notwendige Kraft fand. Kollege Simon gehört zu den alten Porzellanern, die unser schönes Deutschland in allen seinen Gauen kennengelernt haben. Unfreiwillig, aber von seinem Humor nie verlassen, hat er schon in jungen Jahren oft den Wanderstab ergreifen müssen. Später mußte seine Familie sein Los mit ihm teilen. Bei mehreren Streiks blieb unser Freund auf der Strecke und war nunmehr gezwungen, auch von seinen Lieben die Opfer des Nomadenlebens zu verlangen. Erst der Krieg gebot seinen Häschern Einhalt. Während desselben fand er Unterschlupf in Görnewitz, also in einem Betrieb, in dem man unserer Organisation von jeher nicht mit besonderer Liebe begegnete. Kollege Simon dachte gar nicht daran, seine Organisationszugehörigkeit hier zu lösen oder auch nur zu verheimlichen. Im Gegenteil, trotz seines Alters war er sich sehr bald bewußt, daß er hier in Görnewitz nicht die ihm so notwendige Ruhe finden würde, sondern daß er hier sich ganz besonders in den Dienst der Organisation stellen müsse. Dies hat er denn auch in seiner Art redlich getan. Es ist aber immerhin eine Ironie des Schicksals, daß ein alter Kämpfer, der so oft wegen seines Eintretens für unsere Organisation gemahregelt wurde, eine neue Heimat an einem Plage finden konnte, an dem seit Bestehen einer feinkeramischen Industrie daselbst kein Mitglied unserer Organisation sich halten konnte.

Wir glauben also, unserem alten Freund Simon auf diesem Wege unsere Glückwünsche zu seinem Ehrentage darbringen zu sollen.

Der jüngeren Kollegenschaft möchten wir aber raten, sich solche Kämpfer, wie unseren Kollegen Simon als Vorbild dienen zu lassen, dann wird unsere Organisation auch zu jeder Zeit die wirkliche Interessenvertretung der gesamten feinkeramischen Arbeiterschaft sein können.

**Die Verwaltung.** J. A.: Max Uhlmann.

**Ein nach „Ruhm“ lechzender Direktor.** Das Verhalten des Direktors Dr. Zöllner von der Firma Rosenthal anlässlich der letzten Lohnerhöhung den Arbeitern der sogenannten Kunstabteilung des Betriebes in Selb gegenüber ist wert, so schreibt die „Volkszeitung“ in Hof, daß man sich damit in der Öffentlichkeit befaßt. War da nach langer Zeit wieder einmal in freien Verhandlungen ohne Schiedsgericht die Einigung des Porzellanarbeiterverbandes mit der Unternehmerorganisation zustande gekommen, daß am 24. September auf die Verdienste der Porzellanarbeiter ein Zuschlag von 60 Proz. folgt. Wer die Durchschnittsverdienste der Porzellanarbeiter in Selb kennt wird ohne weiteres erkennen, daß diese Lohnerhöhung nicht entfernt den steigenden Preisen für alle Bedarfsartikel gerecht wird. Das genügte jedoch, um Herrn Dr. Zöllner in Erregung zu bringen. Füglos ließ er sich die Personalvorstände der Kunstabteilung kompromittieren, um den Leuten begrifflich zu machen, daß die arme Firma Rosenthal diese bewilligte Lohnerhöhung bei Gefahr des Zugrundegehens nicht bezahlen könne. Und nun mußte er ein Schreckbild an die Wand, das den Zugewand-

heinahe eine Schutzhaut über den Wänden lief. Treu und bieder meinte er, wenn die Arbeiterschaft auf diesem Zuschlag bestände, dann würde er diesen wohl zahlen, aber in 4 Wochen käme dann die Abtreibung zum Stillstand. Da dieses Geld jedoch für ihn furchtbar sei, unterbreite er den Leuten den Vorschlag, statt 60 Proz. mit 20 Proz. Erhöhung zufrieden zu sein. Das wagte dieser Mann angesichts einer Leuerung, die diese Erhöhung längst überholt hat. Das bezeichnendste ist jedoch, daß ein Direktor desselben Wertes diese Lohnerhöhung mitgeschaffen hat! Sollte sich der Vorstoß des Herrn Dr. Zöllner vielleicht auch gegen seinen Kollegen richten? Wenn es wirklich wahr sein sollte, daß die Kunstabteilung nicht mehr konkurrenzfähig sei durch Bezahlung der 60 Proz. Zuschlag an die Arbeiter, dann wäre es vielleicht am Platze, etwas über die kaufmännische Taktik der Firma Rosenthal nachzudenken. Und daß auch die künstlerische Leitung versagt, das ließ eine Kritik in einer der gelesesten Zeitungen erkennen, die die jüngste Schöpfung des Oberammergauer Christusbilders auf einen Wandteller als nichts mehr wie Kitsch bezeichnete. Wenn man solch horrenden Preise für seine Erzeugnisse verlangt, dann müssen dieselben auch technisch und künstlerisch auf der Höhe stehen, dann darf man nicht Massenware herstellen. Die Reklame allein macht es nicht. Für den Betriebsrat erwächst hier die Pflicht, einmal Nachprüfung zu halten, wie hoch der Gewinn der Firma an den einzelnen Gegenständen ist. Da wird der Hase im Pfeffer liegen. Es wäre die Frage zu prüfen, ob die Art und Weise, wie hier Herr Dr. Zöllner vorging, nicht eine Nötigung im strafrechtlichen Sinne bedeutet. Nun sind wir begierig, wie sich die Organisation der Unternehmer zu diesem mehr als merkwürdigen Gebaren dieses Herrn stellen wird. Man kann es doch nur als Sabotage des Organisationswillens bezeichnen, wenn ein Organisationsmitglied sich erlaubt, Abmachungen der beteiligten Organisationen zu ignorieren. Glaubt jemand im Ernst, die Firma Rosenthal steht so schlecht, daß dieser Ausschlag den Ruin herbeiführt? Wenn es aber wirklich schlecht steht, wie wäre es denn mit einer Sammlung für die notleidende Firma Rosenthal? — (Und das mutet ein Direktor den Arbeitern in dem Augenblick zu, wo die Firma Rosenthal & Co., A.-G., in Berlin der Handelspresse wissen läßt, daß ihre Werke auf Monate hinaus mit lohnenden Aufträgen versehen sind. Es muß als eine unerhörte Herausforderung der ruhigen, darbenenden Arbeiterschaft bezeichnet werden, wenn ein Angestellter einer Firma so vorgeht. Ihm muß klar gemacht werden, daß er mit den Arbeitern und der Industrie nicht spielen darf. D. Red.)

**Die Arbeitslosigkeit im August.** Im „Reichsarbeitsbl.“ Nr. 18 ist die Arbeitslosigkeit unseres Verbandes nach unseren eigenen statistischen Angaben aufgezeichnet. Danach beträgt die Zahl unserer Verbandsmitglieder 69 298, davon 30 269 männliche und 26 995 weibliche, im ganzen 57 264 Mitglieder, über die berichtet wurde. Davon wurden 117 männliche und 161 weibliche Mitglieder als arbeitslos gemeldet. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt 0,5 Proz., denen 0,7 Proz. im Reichsdurchschnitt gegenüberstehen.

### Von der Porzellanindustrie.

**Rühlensz, A.-G.** Die Porzellanfabrik Rühlensz in Kronach ist unter Führung der Bank Gebr. Arnhold und der Porzellanfabrik A.-G., Triptis, in eine Aktiengesellschaft mit 2 Millionen Mark Stammkapital umgewandelt worden. Damit ist wieder eine engere Konzernbildung vollzogen worden. — Das Stammunternehmen in Triptis hat in seiner letzten Generalversammlung die Erhöhung seines Aktienkapitals auf 12 Millionen Mark beschlossen. Die Aktionäre haben darauf ein Bezugsrecht zu 320 Proz. im Verhältnis 4 : 1.

**Dividendenverteilung.** Der C. M. Gutschentreuther-A.-G. in Hohenberg/Eger gehören von dem Stammkapital der Alt-Mohlauer Porzellanfabrik, A.-G., Karlsbad,  $\frac{2}{3}$  = 10 Millionen Mark Kronen. In diesem Verhältnis nimmt Hohenberg auch an dem Reingewinn der Alt-Mohlauer Fabrik teil, der insgesamt 1 398 124 Kronen ausmacht. Die Dividende beträgt 4 Proz. — Für Hohenberg plant Gutschentreuther eine 25prozentige Erhöhung des Aktienkapitals.

**25 Proz. Dividende.** Bei der Striegauer Porzellanfabrik A.-G., vormals C. Walter & Co., Striegau-Stanowitz, konnten nach Zeitungsmitteilungen der Umsatz und das Exportgeschäft gesteigert werden. Aus einem Grundkapital von 750 000 Mk. ergab der Fleiß der Arbeitsbienen fast den dreifachen Reingewinn, und zwar 2 220 000 Mk., woraus 25 Proz. Dividende und 15 Proz. Bonus verteilt werden. 1 400 000 Mk. wurden verschiedenen anderen Reserven zugeführt. Man ersieht daraus, daß die Porzellanarbeiter trotz der achtstündigen Arbeitszeit noch bedeutende Gewinne erarbeiten und den Aktionären eine angenehme Verzinsung ihrer Papiere gewährleisten. Die Arbeiter können also mit Recht einen zeitentsprechenden Lohn von ihren „Brotgebern“ verlangen.

**Porzellanpreiserhöhung.** Der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken hat beschlossen, ab 1. September seine Preise um rund 60 Proz. über die Augustpreise zu erhöhen. Die Steigerung betrug in Prozenten den Satz von 300 auf 540 und 740. Nach der „Keramischen Rundschau“ wurde diese Ziffer ab 1. Oktober auf 1025 Proz. erhöht. Das Hochspannungs-Isolatoren-Syndikat verlangt ebenfalls für die erste Oktoberhälfte den Aufschlag von 1025 Proz. Auch dessen Fachgruppe für chemisch-technisches Porzellan schlug auf die Grundpreise ab 25. August einen Teuerungszuschlag von 900 Proz. Von einer Preisbildung für längere Zeit wurde abgesehen. Nicht einmal einen Monat wollen sich die Fabrikanten binden.

### Gewerkschaftliches.

**Keine Verschmelzung.** Die in der Zeit vom 23. bis zum 28. August vorgenommene Urabstimmung der Hutarbeiter über Verschmelzung mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband ergab, soweit das Ergebnis bisher vorliegt, 6309 Stimmen dafür und 6016 Stimmen dagegen. 111 Stimmen waren ungültig. Dadurch wird die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. An dieser Urabstimmung beteiligten sich nur 46 v. H. der Mitglieder. Die Beteiligung war also noch geringer als bei der Urabstimmung im Jahre 1920, an der sich 50 v. H. der Mitglieder beteiligten.

### Bermischtes.

**Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose.** Die Vorstände des ADGB und des Ufa-Bundes haben beim Reichsarbeitsministerium eine der Preissteigerung angemessene und baldmöglichste Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose beantragt. Die letzte Erhöhung der Sätze trat mit dem 1. August dieses Jahres ein. Schon damals wurde vom Reichsarbeitsministerium und Finanzministerium ausgesprochen, daß bei weiterer Entwertung des Geldes angemessene Erhöhungen eintreten sollten. Schon im Hinblick auf die Gefahr, daß in nächster Zeit wieder größere Massen von Arbeitern erwerbslos werden, ist zu hoffen, daß die Erhöhung der Unterstützungssätze baldigst eintritt.

**Zur Landtagswahl in Sachsen.** Eine am 1. Oktober abgehaltene Konferenz der Bezirks- und Gruppenleiter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm einen Antrag an, worin die Redaktionen der Gewerkschaftsblätter ersucht werden, in allen bis zum 5. November erscheinenden Zeitungen auf der ersten Seite in auffällender Schrift Aufrufe für die sächsischen Landtagswahlen zu bringen. Für eine besondere Partei soll nicht agitiert werden, sondern für die Wahlpflicht der Gewerkschafter im allgemeinen.

### Adressen-Änderungen.

**Söckstädt.** Die in der letzten „Ameise“ unter Schwarzenhammer gemeldeten Adressen beziehen sich auf Söckstädt.  
**Krummenaab.** Revisor: Hans Huff.  
**Thiersheim.** Schriftführer: Gg. Geier, Brenner, S. Nr. 118.

### Berlin-Charlottenburg.

**Bibliothekler.** In der Zeit vom 2. bis 11. November erfolgt keine Ausgabe von Büchern. Zum Zweck der schnellen Abwicklung der Revision sind alle in den Händen der Kollegen befindlichen Bücher bis spätestens den 1. November im Bureau abzugeben.  
 Die Verwaltung.

### Aufruf!

Unser Kollege Paul Marter, Dreher, ist schon lange Zeit krank und erwerbsunfähig; er kann, da er schwer an Asthma leidet, voraussichtlich noch längere Zeit nicht arbeiten. Marter befindet sich in sehr schlechter wirtschaftlicher Lage. Die Kollegen am Orte haben schon ihr Möglichstes getan. Wir bitten die Zahlstellen, ein Scherlein dazu beizutragen. Gelder bitten wir an unseren Kassierer Fritz Schopf, Neuhaldensleben, Ritterstr. 9, zu senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

### Sterbetafel.

**Dresden und Umg.** Ernst Delling, Fabrikwächter, geboren am 8. Februar 1866, gestorben am 29. September an Magenverhärtung. Mitglied seit 1920.  
**Köppelsdorf-Neubaus.** Hermann Steininger, Dreher, geboren am 21. Dezember 1902 zu Neubaus, gestorben am 19. September an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.  
**Margarethenhütte.** Johann Weusch, Glühofenarbeiter, geboren am 1. November 1878 in Commerau, gestorben am 25. September an Blutvergiftung. Mitglied seit 1920.  
 Ihre hrem Andenken!

### Zur Beachtung für die Zahlstellensassierer!

Mit der Abrechnung pro 3. Quartal 1922 müssen die bisherigen, vom 1. 10. ab nicht mehr verwendbaren Beitragsmarken eingeliefert werden. Es wird nun der Fehler gemacht, daß die Abrechnungen, Quittungen und Marken als Paket, und nicht noch als Einschreibepaket, hier eingehen, trotzdem die Sendung das Gewicht von 1 kg noch nicht einmal überschreitet. Das ist bei den heutigen Portosätzen eine unverantwortliche Verschwendung von Verbandsgeldern.

Die Kassierer müssen es sich angelegen sein lassen, die Ausgaben für Porto auf das Mindestmaß zu beschränken. Es ist zu beachten, daß Briefe im Fernverkehr

bis 20 g Gewicht mit 6 Mk.  
 über 20—100 g " " 8 "  
 " 100—250 g " " 10 "

frankiert werden müssen.

Eine **Mischsendung**, enthaltend Abrechnungen, Quittungen, Begleitschreiben, Marken u. a. m., die insgesamt das Gewicht von 1 kg nicht überschreitet, ist nicht als Paket, sondern als **Päckchen** zu senden und mit 12 Mk. zu frankieren. Es ist nur notwendig, daß diese Sendung am Kopf der Adresse mit „Päckchen“ bezeichnet wird.

Ich empfehle den Kassierern, von der Einrichtung der Päckchensendung den weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Ein Paket bis 5 kg Gewicht kostet 80 Mk. Porto, 6 Päckchen mit zusammen 6 kg Gewicht kosten nur 72 Mk. Porto. Der Vorteil der Päckchensendung ist in die Augen springend.

Die Einschreibgebühr kann unter allen Umständen gespart werden. Bitte, vorstehendes zu beachten!  
 W. Herden.

### Versammlungs-Anzeigen.

**Althaldensleben.** Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, bei W. Peters: Versammlung.

**Berlin-Charlottenburg.** Zahlstellenversammlung Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, im Speiseaal der Staatl. Manufaktur, Wegehstraße, am Bahnhof Tiergarten. Wichtige Tagesordnung.

**Dank.** Den Kolleginnen und Kollegen der Firma Paul Müller, Selb, sage ich für die reichhaltige Unterstützung meiner Familie während meines Aufenthalts in der Heilstätte Bischofsgrün meinen herzlichsten Dank.

Selb, den 3. Oktober 1922.

Gustav Stuhl.

### Quittungen.

Für unsere kranken Kollegen Wilhelm Schmitz, Hermann Helmede und Ferdinand Kott gingen von den Zahlstellen folgende Beträge ein: Annaburg 120,—; Arberg 100,—; Blankenhain 30,—; Bonn 150,—; Breslau 30,—; Burgau 30,—; Brambach 45,—; Esburg 50,—; Elmshorn 150,—; Eisfeld 60,—; Eifterwerda 60,—; Freiberg 80,—; Freienoria 50,—; Hainroth 75,—; Hainroth a. d. B. 80,—; Hirsheim 50,—; Grünstadt 150,—; Gräfenthal 45,—; Geringswalde 10,—; Gennigsdorf 90,—; Hohenberg a. E. 75,—; Hermdorf-Reichenbach 140,—; Ilmenau 50,—; Kahla 60,—; Krummenaab 20,—; Kl. Weiskdorf 90,—; Lützen 75,—; Loosdorf 50,—; Limbach 20,—; Margarethenhütte 50,—; Mühlhausen i. B. 30,—; Mücheln 25,—; Meuselwitz 60,—; Mannheim 45,—; Moschendorf 40,—; Magdeburg 110,—; Mitterteich 60,—; Neuhaldensleben 90,—; Ebertshau 60,—; Ohrdruf 150,—; Pölla 60,—; Rauenstein 75,—; Roslau 60,—; Roschütz 30,—; Suhl 60,—; Schwarzenbach 50,—; Schlierbach 150,—; Schauberg 30,—; Schnei 30,—; Schwarzburg 180,—; Tiefenfurt 60,—; Triptis 60,—; Unterweiß 60,—; Wobenstein 20,—; Worbis 30,—; Wunsiedel 50,—; Waldenburg 180,—; Walderhof 60,—; Windisch-Eichenbach 60,— Mk. Summa: 4040,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern Dank.

Die Verwaltung der Zahlstelle Althaldensleben.  
 J. A.: August Köllmer, Kassierer.

Für die kranken Mitglieder Schörner und Aug. Wunsiedel, gingen noch 30,— Mk. von Brambach und 50,— Mk. von Roslau ein, die hiermit quittiert werden.  
 Der Kassierer: Heinz Schmiedel, Dreher, Wunsiedel, Wöferstr. 410, I.

Für die kranken Kollegen Reil und Krammigel, sowie die Kolleginnen Braune und Wünsch, Freiberg, gingen ein: König 80,—; Krummenaab 20,—; Hohenstrang 40,—; Burgau 40,—; Wunsiedel 30,—; Sorau 100,—; Walldorf 80,—; Schwarzenbach 50,—; Markt-Leuthen 50,—; Bonn 150,—; Grünstadt-Neuleiningen 200,—; Schlierbach 150,—; Brambach 70,—; Rebau 100,—; Geringswalde 20,—; Schirnding 25,—; Blankenhain 30,—; Breslau 30,—; Worbis 40,—; Schnei 40,—; Mannheim 60,—; Orlamünde 60,—; Roschendorf 60,—; Mitterteich 50,—; Marktredwitz 50,—; Ebertshau 80,—; Gräfenthal 80,—; Triptis 80,—; Suhl 80,—; Eifterwerda-Pölla 80,—; Meuselwitz 80,—; Tiefenfurt 51,—; Roslau 80,—; Walderhof 80,—; Windisch-Eichenbach 80,—; Kahla 80,—; Weiskwasser 100,—; Rauenstein 100,—; Fraureuth 100,—; Großdubrau 100,—; Hainroth-B. 100,—; Annaburg 100,—; Althaldensleben 100,—; Esburg 100,—; Pölla 100,—; Albrechts-Möbendorf 100,—; Gennigsdorf 100,—; Weiskdorf 120,—; Magdeburg 120,—; Belten 140,—; Rauenstein 150,—; Frankfurt a. d. O. 200,—; Brattendorf 200,—; Waldenburg 240,—; Teltow 240,— Mk. Summa: 4965,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen der Zahlstelle Freiberg und der Genannten sagt allen Gebern besten Dank.

J. A.: Paul Glöckner, Kassierer.

Nachträglich gingen noch für die kranken Mitglieder der Zahlstelle Rastau Beträge ein von: Kl. Weiskdorf 120,—; Moschendorf 40,—; Eisfeld 60,— Mk. Bereits quittiert 475,— Mk. Summa: 4975,— Mk. Im Namen der Zahlstelle Rastau allen Gebern besten Dank.  
 Schaller, Kassierer.

## An unsere Postabonnenten!

Die Papierpreiserhöhungen zwingen uns, den Bezugspreis für „Die Ameise“ auf 78.— Mtl. im Vierteljahr zu erhöhen. Der Preis gilt schon für Oktober, November und Dezember. Wir bitten unsere Postabonnenten, den Restbetrag von 72.— Mtl. uns bis zum 1. Nov. auf das Postkonto 9302, Wilhelm Herden, Berlin, einzuzahlen. Wer die Einzahlung unterläßt, wird mit der Einstellung der Zusendung ab 15. November zu rechnen haben. Um die Zustellung des Blattes regelmäßig durchzuführen, wird um sofortige Regelung ersucht. Redaktion und Verlag „Die Ameise“.

## Bekanntmachung.

Die neue Versendungsart der „Ameise“ läßt nicht mehr zu, daß das „Storchenblatt“, die gewerkschaftliche „Frauenzeitung“ und die „Vertriebsratzeitung“ beigelegt werden können. Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die betreffenden Blätter bei der Post oder bei den Verlegern nachträglich ab 1. Oktober selbst zu bestellen. Die Kosten müssen die Zahlstellen tragen. Zahlstellen, die keine Unterbrechung in der Zustellung haben wollen, mögen die Bestellung sofort aufgeben.

Redaktion und Verlag „Die Ameise“.

## Arbeitsmarkt.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen tüchtigen

## Majolika-Blasierer (40)

bei hohem Lohn. Siedelungsmöglichkeit wird zur Verfügung gestellt. Offerten unter „S. St.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen tüchtigen

## Freihand-Engobemaler oder Engobemalerin.

Offerten unter „E. E.“ sind an die Redaktion der „Ameise“ zu richten. (41)

## Tüchtiger Schleifer (42)

für sofort gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugen. Porzellanfabrik Kalk, Eisenberg (Thür.).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

## einen Modelleinrichter

welcher vollständig perfekt ist in allen vorkommenden Arbeiten der Geschirrbauindustrie; ferner

## vier Formgießer

die ebenfalls mit allen diesbezüglichen Arbeiten vollständig vertraut sein müssen. Insbesondere wird auf saubere und exakte Arbeit großes Gewicht gelegt. (43)

## Altiengeellschaft Porzellanfabrik Weiden Gebr. Bauscher.

Junger, lediger

## Schleifer

für Geschirrbau und elektrotechnisches Porzellan sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften unter „L. B. Finnland“, an die Geschäftsstelle der „Ameise“. (44)

Einige unverheiratete geübte

## Galgendreher

von Steinzeugfabrik im Rheinland zu Tarifbedingungen sofort gesucht. Bewerbungsschreiben sind unter „W. W.“ an die „Ameise“ zu richten. (45)

Tüchtiger Fachmann der Dreherei und Sieberei, der event. auch die Modelleinrichtung mit übernimmt, wünscht sich zu verändern und empfiehlt sich als Dreh- und Sieberei. Angebote unter „E.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Se ein tüchtiger

## Formgießer und Glasier und Abgießer

für bessere Gebrauchsgeschirre gesucht. Offerten an die Redaktion der „Ameise“. (38)

Kräftiger Porzellan-Industrie M.-G., Waldenburg (Schlesien).

Tüchtiger Einrichter-Formgießer, Glasier und Dreher von keramischen Werkst. Nähe Berlin, für Vasen und Geschirre für sofort oder später gesucht. (37)

Keramische Werke G. & E. Carstens, Rathenow.

## Tüchtiger Formgießer

per sofort gesucht.

G. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau (M.-S.). (38)

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

## einen Abgießer und einen Formgießer

Porzellanfabrik Hermsdorf, Hermsdorf (S.-A.). (Personalarbeitung.) (39)

## Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

## Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

## Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönißplatz 17.

## Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldasche à Gramm 300 Mtl. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldasche 180 Mtl.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —

Andreas Geier, Selb, Oberir., Goldarbeiter.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

## Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jhm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Zymocca-, sowie Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen, das Stück von 50 bis 600 Mtl.; große feinste glatte Philippiner Elefantenhorn, das Kilo mit 10 000 Mtl.; Herbeschwämme; weiche feine faustgroße Reeschwämme, das Kilo, zirka 60 Stück enthaltend, 3200 Mtl. (billig); hand- und faustgroße Hardheadschwämme, mittlere und prima Qualität, besonders für Steingut; kleinere weiche feine echte Levantiner Schwämme, das Kilo 14 000 Mtl. Versand in kleineren und größeren Posten.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin E. 25, Prenzlauerstr. 42.

Emil Böhme, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft sämtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Asche, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle z. B. für Glanzgoldasche 250 Mtl. und mehr für 1 Gramm; für Poliergoldasche 400 Mtl. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Bestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Prospekte gratis und franko. — Anläufer überall bei hoher Provision gesucht.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
Exp. 1894	Profil. 1894	
		
Seitert, Zwickau i. S., Osterweibstr. 32.		

## Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, Chem.-metal. Laboratorium  
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Edwin Renninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.